

INNENEXPERTEN TREFFEN IM RATHAUS

Bei Wahlsieg: SPD will geschlossenes Heim auf dem Land

Hamburgs Fraktionschef Michael Neumann will die Einrichtung in Schleswig-Holstein bauen, dann in Kooperation mit anderen Bundesländern betreiben.

Von Florian Kain

SPD-Fraktionschef und Innenexperte Michael Neumann will im Falle eines Wahlsieges seiner Partei das geschlossene Heim für kriminelle Jugendliche an der Feuerbergstraße dichtmachen und für Ersatz in einem norddeutschen Flächenland sorgen.

Bei einem Treffen mit Schleswig-Holsteins Innenminister Lothar Hay (SPD) und Bremens Innensenator Willi Lemke (SPD) im Rathaus sei Einigkeit darüber erzielt worden, dass solche Einrichtungen in Großstädten fehl am Platz sind. "Ein solches Heim muss an einem unattraktiven Ort stehen, wo es nicht so leicht ist auszubüchsen wie in Hamburg", sagte Neumann. Außerdem sei es wirtschaftlicher, dieses gemeinschaftlich zu betreiben.

Hay wollte nicht zusagen, dass ein solches geschlossenes Heim in Schleswig-Holstein gebaut werden könne - unterstrich aber, dass er eine Kooperation der norddeutschen Länder begrüßen würde. Überhaupt wünsche er sich eine intensivere Zusammenarbeit der Nachbarländer, als sie bisher praktiziert werde. So müssten bei der Aus- und Fortbildung von Polizei- und Feuerwehrbeamten "nicht alle Bundesländer alles machen". Er könne sich vorstellen, dass die Länder Kompetenzzentren mit unterschiedlichen Spezialisierungen bildeten, in denen Sicherheitskräfte aus ganz Norddeutschland gemeinsam fortgebildet werden. Neumann kritisierte: "Wir leisten uns in Hamburg stattdessen eine Mini-Hochschule zur Ausbildung von Polizei und Feuerwehr. Das sollte auf eine breitere Basis gestellt werden", forderte er. Anzustreben sei vielmehr eine von norddeutschen Ländern gemeinsam getragene Ausbildung, bei der auch flexibel zwischen den Dienststellen gewechselt werden könne.

Lemke bekräftigte, dass bei dem Treffen in "fast allen Punkten" Übereinstimmung erzielt werden konnte. So habe man sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, dass in den Ländern, in denen die SPD Verantwortung trägt, die Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollen, dass ermittelte junge Tatverdächtige innerhalb von vier Wochen angeklagt und verurteilt werden können. Allerdings dürfe die Gewaltprävention nicht zu kurz kommen: "Staat und Gesellschaft müssen gemeinsam dafür sorgen, dass aus jugendlichen Ersttätern keine Intensivtäter werden", sagte er. In der Diskussion über ein mögliches Verbot der NPD warnten die drei Politiker vor einem übereilten Gang vor das Bundesverfassungsgericht: "Der Verbotsantrag darf nur gestellt werden, wenn absolut sicher ist, dass man auch Erfolg hat", erläuterte Hay die gemeinsame Position.

Von Bremen lernen will Neumann in Bezug auf das Arbeitszeitmodell für die Berufsfeuerwehr: "Dort sind auch künftig 24-Stunden-Schichten möglich, da alle Beteiligten sich darauf verständigt haben. Das will ich auch für Hamburg."

erschienen am 8. Februar 2008